

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1987)

Heft: 1

Rubrik: Energieszene Schweiz

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schweiz Trotz teilweise kategorischem Widerstand aus den Kantonen will der Bundesrat eine Denkpause im Wasserkraftwerkbau einschalten. Er hat das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED) beauftragt, zuhanden des Parlaments einen Bundesbeschluss zum Schutz der Restwassermengen auszuarbeiten. Der neue Erlass sollte nach den Plänen des EVED auf den 1. Januar 1988 in Kraft treten und als Übergangsregelung bis zur Revision des Gewässerschutzgesetzes gelten, die kaum vor 1989 Wirklichkeit werden dürfte. TA, 15.1.87

Schweiz Die von Atomkraftwerkgegnern aus der Nordwestschweiz lancierte Moratoriumsinitiative «Stopp dem Atomkraftwerkbau» ist innerhalb von nur vier Monaten zustandegekommen. Das Volksbegehren, das den Verzicht auf den Bau von Nuklearanlagen während zehn Jahren verlangt, wurde von 130000 Bürgerinnen und Bürgern unterzeichnet. TA, 19.1.87 (Die Ausstiegssinitiative brachte nach drei Monaten ein Zwischenergebnis von 80000 Unterschriften zustande [E+U].)

Schweiz Die Sparanstrengungen der Stromkonsumenten scheinen erste Früchte zu tragen: Der Verbrauch an elektrischer Energie ist im vergangenen Jahr noch um 2,5 Prozent gestiegen, womit der durchschnittliche Anstieg von 3,5 Prozent der letzten zehn Jahre deutlich unterschritten wurde. Hingegen verzeichnete die Stromproduktion einen neuen Höchststand, so dass die Schweiz insgesamt 8,6 Milliarden Kilowattstunden, 16 Prozent der Produktion, ins Ausland verkaufen konnte. TA, 14.2.87 (Dazu ein grundlegender Artikel der WochenZeitung als Lesehilfe: «Wer braucht den Strom?», WoZ, 16.1.87.)

Schweiz In der Nummer 40/86 veröffentlichte die WochenZeitung den Artikel «Aus der emsigen Tätigkeit der engagierten und einträchtigen politischen Agentur des Dr. Mori», deren Hauptkunde mindestens von 1979 bis 1981 die Atomlobby war. Aufgabe: direkte Manipulation der öffentlichen Meinung und Besitzelung. Der Rechtsvertreter von Dr. Mori versuchte nun, beim Bezirksgericht Zürich die Weiterverbreitung des obigen Artikels und die Herausgabe der Buchhaltungsblätter, die in die WoZ-Hände gelangt waren, zu erwirken. Der

Einzelrichter schlug den Parteien einen Vergleich vor, den die WoZ annahm. Sie verzichtet «aus Risiko-Überlegungen» auf die Publikation weiterer Artikel über Mori, die sich auf Unterlagen der Agentur aus den Jahren 1984 und früher stützen, «da es in der Schweiz im Grenzbereich von Öffentlichkeit und privater Geschäftstüchtigkeit keine gesicherte Rechtssprechung gibt». Also lese man tunlichst WoZ, 40/86 (3.10.).

nach WoZ, 16.1.87

Zentralvorstand der Schweizerischen Volkspartei (SVP): Die Nuklearzentrale vor den Toren Basels ist politisch nicht mehr machbar. SVP-Fraktionschef Hans-Rudolf Nebiker meint: «Unter realistischer Betrachtung kann Kaiseraugst nicht gebaut werden. Ich habe einige Signale aus KKW-Kreisen erhalten, dass man die Lage gleich beurteilt.» SoZ, 18.1.87

Schweiz Alle künftigen Kernkraftwerkprojekte nach dem KKW Kaiseraugst sollen dem fakultativen Referendum und somit der Mitsprache des Volkes unterstellt werden. Knapp, mit 10:9 Stimmen, hat die Energiekommission des Nationalrates beschlossen, dem Plenum einen entsprechenden Motionsentwurf vorzulegen. Eine rückwirkende Unterstellung für Anlagen, für die wie im Fall Kaiseraugst noch keine Baubewilligung erteilt wurde, lehnte die Kommission mit 12:8 Stimmen ab. LNN, 14.2.87

ENERGIE SZENE SCHWEIZ

Kaiseraugst Der Verzicht auf das Kernkraftwerk Kaiseraugst muss erworben werden, wenn damit die kontroverse Diskussion um die Kernenergie entspannt werden kann. Ein solcher historischer Schritt würde aber von den Atomkraftwerkgegnern kaum geschätzt, sagte Energiepapst Michael Kohn in einem Zeitungsinterview. Der Rückzug des umstrittenen Wasserkraftprojektes Greina sei jedenfalls von den Umweltschützern nicht gewürdigt worden. Skeptisch über die Wirkung eines Verzichtes ist Hans Rudolf Lutz, zuständig für Kaiseraugst bei der Aare Tessin Aktiengesellschaft für Elektrizität. «Das setze ich grosse Fragezeichen. Viele AKW-Gegner leben ja praktisch von diesem Widerstand. Ich weiss nicht, was geschehen würde, wenn man ihnen ihr AKW wegnähme.» SoZ, 18.1.87

Kaiseraugst Ausgerechnet die Partei von Energieminister Leon Schlumpf geht jetzt auf Distanz zum Atomkraftwerk Kaiseraugst. Mehrheitlicher Tenor in Fraktion und

Kaiseraugst Die FDP-Nationalräte Kaspar Villiger (LU) und Franz Steinegger (UR) streben eine Volksabstimmung über das Kernkraftwerk Kaiseraugst an: Im neuen Kernenergiegesetz soll der Bau eines Kernkraftwerkes von der Erteilung einer Konzession des Bundes abhängig gemacht werden. Die Konzession wiederum wäre dem fakultativen Referendum unterstellt. Eine entsprechende Motion wollen die beiden Nationalräte in der Märzsession einbringen. Im neuen Kernenergiegesetz soll über ein Konzessionssystem ein Bundesmonopol verankert werden. Der Bund müsste danach für den Bau eines Kernkraftwerkes eine Konzession erteilen, die dem fakultativen Referendum unterstellt wäre. Die Rahmenbewilligung würde damit durch das Konzessionssystem ersetzt. Rückwirkend soll nach den Vorstellungen Villigers und Steineggers auch die Anlage von Kaiseraugst dem Konzessionssystem unterworfen werden. Das Kernenergiegesetz müsste aber festhalten, dass die bisher in guten Treuen getätigten Investitionen vom Bund zu entschädigen wären. Villiger erklärte, dass das Konzessionssystem auch als indirekter Gegenentwurf zu den von linken und grünen Kreisen lancierten Volksinitiative für den Ausstieg aus der Kernenergie zum Tragen kommen könnte. TA, 16.2.87

Zürich Die bürgerliche Mehrheit des Kantonsrates findet es nicht nötig, dass dem staatlichen Energie-Giganten Nordostschweizerische Kraftwerke AG (NOK) auf die Finger geschaut wird. Eine Parlamentarische Initiative der SP, welche in einem neuen NOK-Gesetz wenigstens eine minimale demokratische Kontrolle verankern wollte, wurde im Rat nur gerade von POCH, GP und zwei LdU-Vertretern unterstützt. Damit ist der Vorstoss «erledigt». Die Initianten, Rodolfo Keller und er selbst, seien sich der grossen rechtlichen Probleme sehr wohl bewusst gewesen, entgegnete Elmar Ledigerber (SP), der ebenfalls im EKZ-Verwaltungsrat sitzt, auf Einwände. Wenn aber nichts geändert werden dürfe, sei «etwas faul an dieser Geschichte». Man sei zu einer Kündigung des Konkordatsvertrages (mit den

andern Kantonen) bereit. Es gehe um Milliardenbeträge, und die NOK seien ein «energetisches Fürstentum». Es handle sich um einen volkseigenen Betrieb, doch hätten wir weniger dazu zu sagen als die Bürger der DDR zu ihren VEB. Ohne eine Änderung, so Ledergerber, könne auf kantonaler Ebene keine Energiepolitik betrieben werden. Statt der für eine vorläufige Unterstützung nötigen 60 kamen nur 35 Stimmen zusammen.

VR, 6.1.87

Zürich Neuer EKZ-Verwaltungsrat. Der Kantonsrat wählte Ernst Gadola (SVP, Männedorf) anstelle des zurückgetretenen SP-Vertreters Fritz Ganz (Embrach) zum neuen Mitglied des Verwaltungsrats der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ). Die SP hatte dafür Rodolfo Keller (SP, Illnau-Effretikon) portiert, und SP-Fraktionschefin Ursula Leemann (Egg) wies dabei auf Kellers Ausbildung in Elektrotechnik hin und auf Energiesparprogramme in Illnau-Effretikon, wo Keller Stadtpräsident ist.

TA, 27.1.87

Zürich Mit 65 Stimmen hat der Kantonsrat die vom Zürcher Gemeinderat eingereichte Behördeninitiative vorläufig unterstützt, in der eine Standesinitiative für einen Verzicht auf das AKW Kaiserstuhl und eine Widerrufung der Rahmenbewilligung gefordert wird.

VR, 27.1.87

Bern Nach Basel-Stadt ist Bern der zweite Kanton, dessen Laboratorium Radioaktivitätsmessungen bei Nahrungsmitteln fortan mit einem eigenen, hochleistungsfähigen Gerät durchführt. Die Bevölkerung soll regelmäßig informiert werden.

TA, 9.1.87

Uri Die Urner Bürgerinitiative «Atommüll HäNiä» drängt darauf, dass die laufenden Sondierarbeiten der Nagra am Oberbauenstein eingestellt werden. Nachdem im Dezember 1986 drei Expertengruppen des Bundes in Gutachten Fragezeichen sowohl hinter die Geologie («komplizierte tektonische Verhältnisse») als auch hinter das Nagra-Sondierprogramm für den Oberbauenstein (kein Tief Lager vorgesehen) gesetzt hätten, seien weitere Sondierarbeiten nicht mehr zu rechtfertigen.

LNN, 24.1.87

Obwalden Beim Obwaldner Regierungsrat ist eine Interpellation «betrifftend sparsame Verwendung von (elektrischer) Energie» hängig, die unter anderem folgende Fragen stellt: Ist der Regierungsrat bereit, eine Änderung von Artikel 2 (Zweck) des Gesetzes über das Elektrizitätswerk Obwalden vorzunehmen, indem die sparsame Verwendung elektrischer Energie vor die Sicherstellung der Versorgung mit elektrischer Energie gestellt wird? Gibt der Regierungsrat öffentlich Auskunft über den Umfang und das Verhältnis der Einfuhr von Bandenergie aus Atomkraftwerken im Austausch mit einheimischer Spitzenenergie aus Wasserkraftwerken unseres Kantons?

det. Die meisten Fraktionssprecher bezeichneten den Text der Standesinitiative als einen Kompromiss, unter anderem weil kein Ausstiegstermin genannt wird. Der Bundesversammlung wird beantragt, «zum Zwecke einer schrittweisen Ablösung der Kernkrafttechnik und der Senkung des Stromverbrauchs» alle in der Schweiz betriebenen Kernkraftwerke «so rasch» als möglich stillzulegen.

NZZ, 13.2.87

Nidwalden Im Kanton Nidwalden soll künftig das Kantonsparlament Stellung nehmen der Regierung zu Atom anlagen und vorbereitenden Handlungen für die Lagerung radioaktiver Abfälle auf Kantonsgebiet genehmigen. Mit diesem deutlich gutgeheissenen Gegenantrag zuhanden der Landsgemeinde hat der Landrat einen Mittelweg gewählt zwischen einer Initiative auf Mithilfe des Volkes an der Landsgemeinde und der Meinung der Regierung, die vor allem aus staatspolitischen Überlegungen sowohl gegen den Einbezug des Parlamentes als auch des Volkes ist. Das letzte Wort wird die Landsgemeinde Ende April haben.

NZZ, 5.2.87

Basel-Land Eine kantonale Gesetzesinitiative «für die Ergänzung des Energiegesetzes» will die Elektrizitätswerke des Kantons Basel-Landschaft zur Abnahmeverpflichtung des Stroms zu Grenzkosten verpflichten. Zudem dürfen Tarifstrukturen keine Sondertarife und verbrauchsfördernden Elemente enthalten. Sie sind den Verursacherkosten entsprechend zu gestalten und nach Zeitblöcken zu staffeln. (Initiativkomitee «Ergänzung des Energiegesetzes», Theo Meyer, Kirchplatz 19, 4132 Muttenz)

St. Gallen Unerfreuliche Post für das Konsortium Rheinkraftwerke Schweiß-Liechtenstein aus Bern: Der Bundesrat will fünf geplante Staustufen im St. Galler Rheintal nicht hinter dem Rücken der Bevölkerung bewilligen. Damit sollen alle Streitfragen schon vor dem Abschluss des Vertrages ausgeräumt werden. Dazu gehört auch, dass dieser dem Parlament vorgelegt werden muss. Stimmt dieses zu, droht das Referendum der Kraftwerkgegner. Die Schweizer hätten dann über ein Projekt zu entscheiden, das in erster Linie den Liechtensteinern nützen würde.

SoZ, 25.1.87

Freiburg Das Zeitalter der Elektro-Heizungen ist bald einmal vorbei: Die Freiburger Elektrizitätswerke (FEW) fassen einen Entscheid ins Auge, wonach künftig die elektrischen Widerstandsheizungen nicht mehr bewilligt werden. An die Stelle des in den letzten Jahren immer beliebter gewordenen Heizsystems soll künftig die sparsame Wärmepumpe treten. Der Grund für diese Änderung liegt im Versorgungsnetz, dessen Auslastung auch nachtsüber an die Grenze der Kapazität stößt.

FN, 7.1.87

Waadt Das provisorische Programm der Nagra für die geplanten Sondierbohrungen in Ollo ist in mehreren Punkten nicht mit der im September 1985 erteilten Bewilligung durch den Bundesrat überein, teilte die Waadtländer Regierung Bundesrat Leon Schlumpf in einem Brief mit. Der Staatsrat verlangt in dem Schreiben, das Verfahren sei genau einzuhalten. Zudem ist die Regierung der Ansicht, das Ersuchen der Nagra, gewisse Grundbesitzer zu enteignen, sei verfrüht. In ihrem provisorischen Programm schliesst die Nagra Eingriffe auf dem Gemeindegebiet von Aigle mit ein, obwohl die Gemeinde nie konsultiert wurde und auch in der Bewilligung des Bundesrates nicht genannt wird.

NZZ, 6.2.87